

Die Zeitung erscheint täglich Vormittags um 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle resp. Postämter nehmen Bestellungen darauf an.



Pränumerationspreis pro Quartal 1 Thlr. 5 Sgr. — Für Auswärtige 1 Thlr. 11 1/2 Sgr. — Expedition: Krautmarkt 1053.

No. 47.

Freitag, den 25. Februar.

1853

## Die Successionsfrage in Griechenland.

Die kritischen Perioden in dem morschen Reiche am Bosporus und in dem jugendlichen (aber darum doch auch nicht kräftigen) griechischen Königreich erscheinen in der Regel gleichzeitig; die alte Zusammengehörigkeit dieser Länderstämme, die Einheit des byzantinischen Reichs scheint sich darin noch immer zu bewahren. Auf die letzte Krisis des griechischen Revolutionskampfes in den Jahren 1831 und 1832 folgte sogleich im Jahre 1833 die erste Krisis, in welche das osmanische Reich durch Mehemed Ali von Aegypten verwickelt ward. Es wurde damals nur durch die alleinige Beihilfe von Rußland gerettet. Im Anfang der vierziger Jahre war der Fall umgekehrt. Die zweite Bedrohung der osmanischen Pforte durch Mehemed Ali — in welcher die Einnischung der drei europäischen Mächte England, Oesterreich und Rußland dem Sultan zu Hülfe kam — wurde hier alsbald eingeholt durch die griechische Septembertatstragödie von 1843, in welcher die jetzige Verfassung des Königreichs Griechenland entstanden ist. Sie war der Anfangspunkt für eine Reihe von nationalen Bewegungen im türkischen Reiche, welche noch bis auf den heutigen Tag fortdauern. Es war damals die Zeit, wo allenthalben in Europa die nationalen Bestrebungen aufwachten; im europäischen Norden, in Deutschland, Dänemark und Polen nicht minder als in Italien, in der österreichischen Monarchie und auf der griechischen Halbinsel. In diesem Augenblick nun, wo sich eine neue Krisis für das türkische Reich vorbereitet, sowohl in seinen innern Verhältnissen, als in seinen Beziehungen zu den europäischen Mächten — in diesem Augenblick sehen wir das Königreich Griechenland durch die Frage nach der Ordnung der Thronfolge bewegt.

Die bairische Dynastie ist in Griechenland zur Herrschaft gelangt zwar mit der offiziellen Zustimmung, aber nicht mit dem Beifall und dem guten Willen Rußlands. Der Gedanke der monarchischen Regierung Griechenlands durch ein europäisches Fürstenhaus gehört den westlichen Mächten, und besonders Frankreich. Ein Verrath Rußlands und seinen Wünschen entsprechend war vielmehr die Herrschaft des Präsidenten Kapodistrias. Es hatte allerdings schon vorher der Verwandlung Griechenlands in eine europäische Monarchie zugestimmt; es lag aber doch vielleicht in seinen Wünschen und seinen Absichten, vermittelt des Präsidenten und seines Anhangs die einheimischen und nationalen Kräfte Griechenlands in einen solchen Stand zu bringen, daß es wohl von selbst die fremde Herrschaft verschmähen würde. Dann hätte sich wohl eine Art von einheimischer Primatenregierung unter Rußlands Schutze gebildet, in ähnlicher Weise wie sie in der Moldau und Wallachei besteht. Aber Griechenland war nicht so unmittelbar unter russischem Einflusse wie die Fürstenthümer an der Donau. Die westlichen Einflüsse machten sich geltend, und die griechische Opposition, von der mächtigen Strömung der Julirevolution getragen, so stark genug, um aus eigenen Kräften, ohne alle nennenswerthe Unterstützung der Westmächte, der Lage Herr zu werden. Die Regierung der Familie Kapodistrias mußte unterliegen. Unter der allseitigen Schwäche und Verwirrung der Parteien, die auf diesen Kampf folgte, gelang es der bairischen Dynastie, sich ruhig in den Besitz des Landes zu setzen.

Diesen Ursprung der griechischen Dynastie hat Rußland nicht vergessen; es hat sie wohl immer, wenn auch nicht als eine Niederlage, doch als eine Schlappe seiner Politik angesehen, und war bereit, sie dies bei Gelegenheit fühlen zu lassen. Da war nun kein günstigerer Augenblick für die russische Politik, als da die Frage der Thronfolge auftrat; indem sie die Zukunft der bairischen Dynastie, ja der griechischen Verfassung und des griechischen Staats in Frage stellte, schien sie Alles wieder in den früheren Stand zu rücken. Kein Zweifel also, daß Rußland entschlossen war, die Hebel des Einflusses, durch die es in Griechenland wirken konnte, mit allem Nachdruck anzusetzen, um diesmal kräftiger und mit besserem Erfolg einzugreifen. Solche Mittel seiner Wirksamkeit sind aber vor Allem die Religion und die Kirche. Die griechische Kirche ist es, durch welche Rußland der ganzen griechisch-slavischen Welt im Osten als der weltliche Schutzherr und der geistige Mittelpunkt erscheint. Unsere Leser erinnern sich der religiösen Aufregung in Griechenland in den letzten Jahren: der fanatischen Predigten des Mönchs, der in der Maina und an andern Orten im Peloponnes umherzog; der sogenannten „Klosterverchwörung“ (wie man in Athen sagte), die sich bis ins türkische Gebiet verzweigte und nach deren Spuren die griechische Regierung noch jetzt forschet. Der religiöse Fanatismus im Volke ging hoch, und was ließ sich anders davon voraussehen, als daß das griechische Volk einen Fürsten, der einer andern als der griechischen Religion angehörte, nicht wieder dulden, daß es einen Thronfolger, der sich nicht zur orthodoxen Kirche bekennen wollte, verjagen, und mit ihm die bairische Dynastie entfernen würde, wie im Jahre 1843 die Bayern? Diese Besorgnis hat der „Morning Herald“, das Organ des englischen Ministeriums, mit dünnen Worten ausgesprochen. Und daß man sich in München zum Religionswechsel bequemen würde, war gar nicht so gewis vorauszu sehen. War doch der König Otto auf seinem ersten Wege nach Griechenland zuerst nach Rom gegangen, um den Segen des Papstes mitzunehmen,

was für die schismatischen Griechen natürlich eine Kezerei war. Solche Verwickelungen voraussehend, hat England sich der Sache angenommen und diplomatische Verhandlungen in Gang gebracht. Die bairische Königsfamilie hat gleichzeitig unter sich festgesetzt, daß der designirte Thronfolger, Prinz Albalbert, sich zur griechischen Religion bekennen solle. Die diplomatische Verhandlung in London hat unterdessen gleichfalls zu dem Ergebniss geführt, daß die Bestimmung der griechischen Verfassung, wonach der Beherrscher Griechenlands auch ein Angehöriger der griechischen Kirche sein soll, mit der feierlichsten Sanction der drei Schutzmächte versehen wurde. Es sei zu erwarten, sagt der „Morning Herald“, daß die bairische Königsfamilie sich dieser Erklärung anschleße; denn sie würde sonst schwerlich die griechische Krone behaupten können. Vielleicht sind die Pläne Rußlands noch weiter gegangen, als jenes Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen; aber doch ist auch dieses als ein Erfolg der russischen Politik zu betrachten. Es ist gewissermaßen eine neue Scheidewand, welche zwischen Griechenland und dem Westen aufgeführt wird, eine Art von Anerkennung, daß Griechenland zur Domäne des Ostens gehöre, und daß sich auch die westlichen Schutzmächte und das westliche Fürstenhaus den Gesetzen des Ostens fügen müssen — eine Anerkennung, welche nicht sowohl auf die öffentliche Meinung im Westen, als auf den Stolz der anatolischen Glaubensbekenner berechnet ist. Und darin liegt denn auch ferner die stillschweigende Anerkennung des russischen Protectorats, welches über die ganze griechische Kirche des Ostens geübt wird. Die königliche Gewalt in Griechenland hat sich sehr bemüht, auch die Kirche des Königreichs unter ihre Abhängigkeit zu bringen; allein es ist ihr noch immer nicht gelungen. Die Kirche des kleinen Königreichs läßt sich nicht wie ein Stück aus dem großen Ganzen der griechischen Kirche herauschneiden. Und damit ist denn auch das Grundübel des ganzen griechischen Staates getroffen; der kleine Bruchtheil der gräco-slavischen Bevölkerung des Ostens läßt sich von der großen Gesamtmasse durch die Künste der europäischen Kultur nicht abtrennen; er wird in seinem Schicksale von derselben bestimmt, und kann sich nicht selbstständig das Gesetz geben.

(Schluß folgt.)

## Berlin, vom 25. Februar.

Se. Majestät der König haben nachstehenden Kaiserlich österreichischen Offizieren und Beamten folgende Auszeichnungen Allerhöchsigst zu verleihen geruht, und zwar:

1) Den Rothem Adler-Orden zweiter Klasse: dem Obersten Vincenz Müller des Deutsch-Banater Grenz-Infanterie-Regiments Nr. 12, den Flügel-Adjutanten Sr. Maj. des Kaisers, Obersten Maximilian Grafen D'Donnell und Major Karl Freiherrn von Borberg.

2) Den Rothem Adler-Orden dritter Klasse: dem Rittmeister Karl Fürsten Liechtenstein vom Husaren-Regiment Kaiser Franz Joseph Nr. 1, dem Rittmeister Freiherrn von Croy von Ulanen-Regiment Fürst Karl Liechtenstein Nr. 9, dem Rittmeister Alfred Grafen von Königsberg zu Kulendorf vom Husaren-Regiment Großfürst Nikolaus von Rußland Nr. 2, dem Korvetten-Capitain, Major Grafen Habib von Futak.

3) Den Rothem Adler-Orden vierter Klasse: dem Hof-Reife-Rechnungs-Offizial und Kassirer Karl Seifert, dem Hof-Controleur-Amts-Adjunkten Michael M'braus, dem Rasbirett-Offizial Freiherrn Genotte von Merkenfeld, so wie den beiden Militär-Central-Kanzleis-Offizieren Franz Wiedl und Eduard Falkner.

## Deutschland.

Berlin, 24. Februar. Der Handelsminister hat bei Gelegenheit der Berathung über eine Petition in der betreffenden Kammer-Commission erklärt, daß die Regierung die ihr mehrfach angeforderte legislative Anordnung, um den Eintritt zu gewerblichen Krankens- und Unterstüzungskassen zu erzwingen, nicht zu erlassen beabsichtige, sondern sich darauf beschränke, die Errichtung solcher Kassen als nützlich zu empfehlen. Der Behörde ist auch die Beförderung solcher Einrichtungen vom Handels-Ministerium zu Pflicht gemacht worden.

— Die „Deutsche Allg. Ztg.“ ist bereits im Besitz des Vortraufs des zwischen den preussischen Bevollmächtigten Minister-Präsidenten von Manteuffel und General-Director der Steuern von Pommer-Esche und dem österreichischen Bevollmächtigten Freiherrn v. Brud vereinbarten und abgeschlossenen Handels- und Zollvertrags vom 19. Februar. Sie entnimmt folgende Bestimmungen und verspricht die vollständige Mittheilung für den nächsten Tag.

Art. 1. Die contrahirenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Landen durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhr-Verbote zu hemmen. Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden: a) bei Tabak, Salz, Schießpulver, Spielkarten und Kalendern; b) aus Gesundheitspolizeirücksichten; c) in Beziehung auf Kriegsbedarf unter außerordentlichen Umständen. Art. 2. Hinsichtlich des Vertrags, der Sicherung und der Erhebung der Eingang-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben dürfen von keinem der beiden contrahirenden Theile dritte Staaten günstiger als der andere contrahirende Theil behandelt werden. Jede, dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem anderen contrahirenden Theile gleichzeitig einzuräumen. Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Begünstigungen, welche die mit einem der contrahirenden Theile bestehende oder künftig bestehende Zollverträge genossen, so wie solche

Begünstigungen, welche anderen Staaten durch bestehende und vor Abschluß des gegenwärtigen Vertrags mitgetheilte Verträge zugesandt sind, oder diesen anderen Staaten für dieselben Gegenstände in nicht höherem Maße auch nach Ablauf dieser Verträge zugesandt werden sollten. Art. 3. Die contrahirenden Theile wollen vom 1. Jan. 1854 an gegenseitige Verkehrsvereinfachungen auf Grundlage des freien Eingangs roher Naturerzeugnisse und des gegen ermäßigte Zollsätze zu gehaltenden Eingangs gewerblicher Erzeugnisse ihrer Länder eintreten lassen. Demgemäß sind sie schon jetzt übereingekommen, daß von den in der Anlage I. bezeichneten Waaren bei deren unmittelbarem Ueber gange aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen in das Gebiet des andern Staats, keine, beziehungsweise keine höhere als die in dieser Anlage bestimmten Eingangsabgaben erhoben werden sollen. Sie werden ferner im Jahre 1854 Commissionen zusammentreten lassen, um sich über weitere, dem obigen Gesichtspunkte entsprechende Verkehrsvereinfachungen zu einigen. Art. 5. 1) Die contrahirenden Theile werden bei dem unmittelbaren Ueber gänge von Waaren aus dem Gebiete des einen in das Gebiet des andern Staats Ausgangsabgaben von keinem andern als den in der Anlage II. verzeichneten Gegenständen und zu keinem höheren als den in ihren Zolltarifen gegenwärtig für diese Gegenstände festgesetzten Beträgen erheben lassen. Auf Ausgangs-Abgaben, welche an Stelle der Durchgangs-Zölle erhoben werden, findet die vorstehende Bestimmung keine Anwendung; hinsichtlich des Betrags dieser Ausgangs-Abgaben gilt die nachstehend unter 2. getroffene Vereinbarung über den Betrag der Durchgangs-Zölle. 2) Die contrahirenden Theile werden von den nach der Anlage I. im Zwischenverkehre zollfreien Waaren, welche aus dem Gebiete des andern Theils, ohne Berührung zwischen liegenden Auslandes, durch ihr Gebiet nach dem Auslande durchgeführt werden, Durchgangs-Abgaben nicht erheben lassen. Sie werden ferner von Waaren, welche aus dem Auslande durch ihr Gebiet nach dem Gebiete des andern Theils oder umgekehrt, ohne Berührung zwischen liegenden Auslandes, durchgeführt werden, wenn diese Waaren nach ihren allgemeinen Zoll-Tarifen weder bei der Einfuhr noch bei der Ausfuhr einer Abgabe unterliegen, keine Durchgangs-Abgaben, in allen andern Fällen dagegen keine andere als die gegenwärtig bestehenden Durchgangs-Abgaben, höchstens jedoch den Betrag von 3/4 Sgr. oder 10 Kr. für den Zoll-Centner erheben lassen. Die weitere Ermäßigung dieser Durchgangs-Abgabe im Allgemeinen oder für einzelne Grenzströme oder Strassenzüge bleibt jedem der contrahirenden Theile unbenommen. Die vorstehenden Vereinbarungen haben sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung, als auch auf die unmittelbar durchgeführtten Waaren Anwendung. Art. 8. Die contrahirenden Theile werden sich vereinigen, ihre gegenüber liegenden Grenz-Zollämter, wo es die Verhältnisse gestatten, je an einen Ort zu verlegen, so daß die Amt-Handlungen bei dem Uebertritte der Waaren aus einem Zollgebiete in das andere gleichzeitig stattfinden können. Art. 10. Die contrahirenden Theile verpflichten sich, zur Verhütung und Bestrafung des Schmuggelhandels nach oder aus ihren resp. Gebieten durch angemessene Mittel mitzuwirken und zu diesem Zwecke die erforderlichen Strafgesetze zu erlassen, die Rechtshülfe zu gewähren, den Aufsichtsbeamten des andern Staats die Verfolgung der Contrabanten in ihr Gebiet zu gestatten und denselben durch Steuer-, Zoll- und Polizeibeamte, so wie durch die Orts-Vorstände alle erforderliche Auskunft und Beihilfe zu Theil werden zu lassen. Das nach Maßgabe dieser allgemeinen Bestimmungen abgeschlossene Zoll-Vertrag enthält die Anlage III. Für Grenzgewässer und für solche Grenzströme, wo die Gebiete der contrahirenden Theile mit fremden Staaten zusammentreffen, werden Maßregeln zur gegenseitigen Unterstützung beim Ueberwachungsdienste verabredet werden. Art. 14. Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstraßen in den Gebieten der contrahirenden Theile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Staats. Art. 16. Auf Eisenbahnen sollen in Beziehung auf Zeit, Art und Preise der Beförderungen die Angehörigen des andern Theils und deren Güter nicht ungünstiger als die eigenen Angehörigen und deren Güter behandelt werden. Für Durchfuhr nach oder aus dem Gebiete des andern Staats soll kein Staat höhere als diejenigen Eisenbahn-Frachtzölle erheben lassen, welchen auf derselben Eisenbahn die in dem eigenen Gebiete auf- oder abgeladenen Güter verhältnismäßig unterliegen. Art. 19. Die contrahirenden Staaten werden noch im Laufe des Jahres 1853 über eine allgemeine Münz-Convention in Unterhandlung treten. Schon jetzt haben sie sich dahin verständigt, daß keiner von ihnen die von ihm geprägten Münzen außer Verkehr setzen oder den von ihm denselben beilegenen Werth verringern wird, ohne einen Zeitraum von mindestens vier Wochen zur Einlösung derselben zum bisherigen gesetzlichen Werthe festgesetzt und demselben wenigstens drei Monate vor dessen Ablaufe öffentlich bekannt gemacht und zur Kenntniß des andern Theils gebracht zu haben. Nur beim Ueber gänge zum 14-Haler- oder 24-Haler-Guldenfuß oder zum metrischen Münz-Systeme bestimmt, nach welchem er seine bisherigen Münzen einlösen, oder in seinem Gebiete in Umlauf lassen will. Die contrahirenden Theile werden ferner Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf Münze oder Papiergeld des andern Theils mit gleichen Strafen, wie Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die eigenen Münzen oder das eigene Papiergeld belegen. Das unter ihnen abgeschlossene Münz-Vertrag ist in der Anlage IV. enthalten. Art. 20. Jeder der contrahirenden Theile wird seine Consuln im Auslande verpflichten, den Angehörigen des andern Theils, sofern letzterer an dem betreffenden Orte durch einen Consul nicht vertreten ist, Schutz und Beistand in derselben Art und gegen nicht höhere Gebühren wie den eigenen Angehörigen zu gewähren. Art. 23. Noch im Laufe des Jahres 1853 sollen Commissionäre der contrahirenden Staaten zusammentreten, um die in Gemäßheit der vorstehenden Artikel erforderlichen Vereinbarungen und Vollzugsschriften festzustellen. Art. 25. Die Dauer dieses Vertrags wird auf zwölf Jahre, also vom 1. Januar 1854 bis zum 31. December 1865 festgesetzt. Es werden im Jahre 1860 Commissionäre der contrahirenden Staaten zusammentreten, um über die Jolleinigung zwischen den beiden contrahirenden Theilen und den ihrem Zollvertrage alsdann angehörig Staaten oder, falls eine solche Einigung noch nicht zu Stande gebracht werden könnte, über weitergehende als die am 1. Januar 1854 eintretenden und durch die im Art. 3. erwähnten commissariarischen Verhandlungen nachträglich festzustellenden Verkehrsvereinfachungen und über mögliche Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zoll-Tarife zu unterhandeln. Art. 26. Der Beitritt zu diesem Verträge bleibt denjenigen deutschen Staaten vorbehalten, welche am 1. Januar 1854 oder später zum Zollvertrage mit Preußen gehören werden. Nicht minder steht der Beitritt zu diesem Verträge den jetzt oder in Zukunft mit Oesterreich zollverbundenen italienischen Staaten frei. Art. 27. Gegenwärtiger Vertrag soll ratificirt und es sollen die Ratifications-Urkunden im Laufe des künftigen Monats in Berlin ausgetauscht werden.





